

Enztal-Blatt

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.



Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertag.
Bezugspreis M. 3.00 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich;
durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr M. 3.00,
im sonst. inländischen Verkehr M. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellg.
Anzeigenpreis: die einpaltige Zeile oder deren
Raum 25 Pfg., auswärts 25 Pfg., Reklamezeilen
50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad in der Expedition Wilhelmstraße 99; in Calmbach Hauptstraße 109, Fernsprecher Nr. 68.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei

Schriftl.: Th. G. A. G., beide in Wildbad.

Nr. 277

Freitag, 5. Dezember 1919

Jahrgang 53

Die Antwort Clemenceaus.

Berlin, 3. Dez. Dem deutschen Vertreter in Paris ist am 2. Dezember folgende Note zugegangen:

Sie haben am 27. November ein Schreiben über die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen an mich gerichtet, das eine Reihe von Behauptungen enthält, deren schneidender Ton nicht ausreicht, um ihre Unrichtigkeit zu verdecken.

Ganz allgemein hat Deutschland in der Kriegsgefangenenfrage nur ein in dem von ihm unterzeichneten Friedensvertrag formuliertes Recht, nämlich auf Beginn der Heimführung mit dem Tag der Inkraftsetzung des Vertrags, die auf den endgültigen Austausch der Ratifikationsurkunde folgt. Jede Abweichung von diesen Bestimmungen, die für die Vertragsparteien Gesetz sind, ist eine Vergünstigung. Die Behauptung, die Gefangenen seien schuldlos und für die Kriegsvorgänge nicht verantwortlich, hält übrigens die Prüfung nicht stand. (1)

Ihre Note erklärt, die französische Regierung habe zuerst am 29. August 1919 und später aus Anlaß der deutschen Hochentwürfen oder der Zahlung einer Million an das Rote Kreuz als Sühne für die Ermordung des Sergeanten Mannheim in Berlin bestimmte Verpflichtungen bezüglich der früheren Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen übernommen. Diese dreifache Behauptung entbehrt der Begründung. Niemand ist die französische Regierung eine eigene Verpflichtung in der Frage eingegangen, die zur Zuständigkeit der Gesamtheit der Verbündeten gehört. Die Erklärung vom 29. August, die aus Gründen der Menschlichkeit und nicht gegen etwaige Zugeständnisse von deutscher Seite den Entschluß der Verbündeten verkündet hat, das Inkrafttreten des Friedensvertrags hinsichtlich der Heimführung der Gefangenen vorzudatieren, ist später erfolgt, als die Besprechungen über die Hochentwürfen und diejenige über den Sergeant Mannheim, die dabei jedenfalls eine vollaus befriedigende Lösung dadurch gefunden haben, daß die französische Regierung der Heimführung zugestimmt hat. Diese Erklärung ist nicht zwischen der französischen Regierung und der deutschen Regierung in der Form eines aus Verhandlungen hervorgegangenen Versprechens vereinbart worden, es ist dies eine humanitäre Erklärung aller Verbündeten über die Gefangenschaft der von ihnen gemachten deutschen Gefangenen.

Die Erklärung verkündet: 1) den sofortigen Beginn der Heimführung, 2) die mögliche Unterbrechung dieser wohlwollenden Politik für den Fall, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk nicht alle die Verpflichtungen aus dem Waffenstillstand, die sie bis zur endgültigen Ratifizierung des Vertrags binden, erfüllen sollten.

Wiederum gemäß der Erklärung vom 29. August wurde die Heimführung der Gefangenen eingeleitet wegen der Nichterfüllung und der unvollständigen Erfüllung der Bedingungen des Waffenstillstands durch die deutsche Regierung.

Das Versprechen und die Drohung, die von der Gesamtheit der Alliierten aus freien Stücken ausgesprochen wurden, sind hiernach genau ausgeführt worden.

Die Verantwortlichkeit Deutschlands für die Verzögerung in der Heimführung der Gefangenen ergibt sich unmittelbar und schlagend aus der Tatsache, daß auf die Note der Alliierten vom 1. November keine Antwort erteilt wurde und daß die deutschen Vertreter, nachdem sie zur Regelung der Arbeit der zur Ausführung des Friedensvertrags eingesetzten Kommissionen nach Paris entsandt waren, zwei Tage nach ihrer Ankunft wieder nach Berlin zurückberufen wurden, obwohl das Datum und das Verfahren für die Prüfung der aufgeworfenen Fragen im Einvernehmen mit diesen Vertretern festgesetzt worden waren.

Die deutsche Regierung ist es, die sich der Frage der Kriegsgefangenen zur Erregung der deutschen öffentlichen Meinung gegen die Alliierten und ganz besonders gegen Frankreich zu bedienen sucht. Dies wird durch die Tatsache erwiesen, daß die Konferenz der Ratifikation und die Inkraftsetzung des Friedensvertrags, der auch für den Zeitpunkt der demnächst

stigen Rückkehr der Gefangenen maßgebend ist, auf den 1. Dezember festgesetzt hatte. Anstatt sich an den in Aussicht genommenen Abschlußverhandlungen zu beteiligen, hat die deutsche Regierung eine verzögernde Haltung eingenommen und in einem unerträglichen Ton ein Erörterung über die Heimführung der Gefangenen eröffnet, obwohl es in ihrer Macht stand, daß diese sogleich nach Ende vorigen Monats, d. h. nach wenigen Tagen heimkehrten.

Ohne weder auf die im übrigen der Richtigstellung bedürftigen Verteidigungsversuche hinsichtlich Schlesiens und Oberschlesiens, auf die Frage der baltischen Provinzen (wo Deutschland sich erst auf starken Zwang hin zur teilweisen Erfüllung seiner Verpflichtungen verstanden hat), noch auf Artikel 61 der Verfassung, der bis zum heutigen Tag noch nicht aufgehoben ist (wartet doch die deutsche Regierung stets den letzten Augenblick um einen moralischen oder tatsächlichen Zwang ab, ehe sie ihren Verpflichtungen nachkommt), noch schließlich auf die lächerliche Behauptung einzugehen, daß Deutschland auf seine Propaganda verzichtet habe (von der die Alliierten so viele schmerzliche Beweise besitzen), will ich mich nur mit der Frage der Auslieferung der Schuldigen beschäftigen.

Die Deutschen leugnen selbst nicht, daß zahlreiche Verbrechen begangen worden sind, und daß das „furchtbare Gefühl der Welt“ verletzt wäre, wenn die Verbrechen, deren Urheber bekannt sind, ungeahndet blieben. Kein Mensch kann das Bögere Deutschlands begreifen, sich mit der Wiedergutmachung dieser Verbrechen abzufinden. Die Alliierten sind aufs Höchste erstaunt zu sehen, daß die öffentliche Meinung in Deutschland sich noch jetzt der deutschen Verantwortlichkeit so wenig bewußt ist und nicht selbst die gerechte Bestrafung der begangenen Verbrechen fordert, daß ferner die „Verbrecher“ weder Mut noch Vaterlandsliebe genug besitzen, um freiwillig dem verdienten Urteil entgegenzugehen, ihr Handeln vor Gericht zu verteidigen und ihrem Lande die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu erleichtern.

Solange das deutsche Gewissen nicht, was die ganze Welt begreift, einsieht, daß das Unrecht wieder gut gemacht werden muß und die Verbrecher ihre Strafe finden müssen, darf Deutschland nicht erwarten, daß es in die Gesellschaft der Völker wieder eintreten kann, noch bei den Alliierten Verzeihung für seine Vergehen und Milderung der gerechten Friedensbedingungen erlangen wird.

Clemenceau.

Wien in Not.

Auch die Wirkungen der mörderischen Friedensschlüsse von Versailles und St. Germain, die den Krieg gegen ganze Völker vereinigen sollen, werden einmal, in Jahrzehnten, Jahrhunderten, verwunden sein. Aber noch die kommenden Jahrhunderte werden die Grausamkeit dieses Denkerfriedens daran erkennen können, daß er eine der schönsten Millionenstädte Europas zum langsamen Sterben verurteilt hat. Wien war eine deutsche Stadt. Die letzte deutsche Großstadt an der Schwelle des Ostens. Wohl hat der Charakter der Wienerstadt tiefergehende Wurzeln durchgemacht. Aber es hätte weiterleben können, hätte seine Aufgabe, das wirtschaftliche Bindeglied zwischen Deutschland und dem Osten zu sein, besser denn zuvor erfüllen können, wenn es an sein natürliches Hinterland auch politisch wieder angeschlossen worden wäre. Aber das durfte nicht sein! Nicht Wunden zu schließen, sondern Wunden offen zu halten, war das Ziel, das die Völkerbeglätter der Entente sich gesetzt hatten. Französische Staatskunst insbesondere sah hier ein viel reicheres Tätigkeitsfeld vor sich. Noch lag man förmlich miteinander im Krieg, da schickte Clemenceau schon einen Gesandten. Wien hat Herrn Aigis mit offenen Armen aufgenommen, in der Meinung, er sei ein Friedensbote. Aber weit gefehlt. Herr Aigis hatte nur den Auftrag, den Anschluß Österreichs an Deutschland zu hintertreiben, — dann durfte er Wien dem Hunger und der Kälte überlassen. Clemenceaus Wort von den 20 Millionen Deutschen zueinander, galt eben auch für Wien und Österreich. Ab und zu hat man von amerikanischen Hilfsunternehmungen etwas gehört — großartig, wie alles Amerikanische! — aber leider nur auf dem Papier. Wien durfte weiter hungern und frieren? Wenn wirklich Hilfe kommen sollte, müßte sie von Deutschland

kommen. Deutschland hat zwar selbst Ueberflus nur am Mangel, aber ehe wir das deutsche Wien verhungern lassen, werden wir eben unsern Mangel mit Wien teilen. Das ist nur in der Ordnung so, wenn wir auch darauf gefaßt sein müssen, daß eine scharfe Note Clemenceaus demnächst unsere Hilfsbereitschaft für einen Bruch des Versailler Vertrags erklärt und Marshall Foch mit dem Einmarsch droht.

Aber allerdings, wir müssen wohl darauf achten, daß die deutschen Zufahren sich nicht verlaufen, wer weiß wohin. Unsere Hilfe gilt dem deutschen Wien, und in Wien leben ein paar mal hunderttausend Fremdbürger, Tschechen usw., für die der tschechische Grundbesitz doch vielleicht übrig hat, was er den Wienern beharrend vorhält. Die Hauptsache ist, daß die ganze Hilfe nicht verpufft. Wenn Wien, die viel zu große Hauptstadt des schmählich verfallenen Österreichs, nur vom deutschen Versorgungsgebiet aus ernährt werden kann, so spricht sich darin nur die unumstößliche Tatsache aus, daß Österreich und Deutschland wirtschaftlich zusammengehören. Wenn Franzosen und Amerikaner sich in dem schönen Vorort gefunden haben, das verfallene Österreich wirtschaftlich auszubenten, so werden sie auch die Ernährung der Hauptstadt Wien sicherstellen müssen. Können sie das nicht, so müssen sie wohl oder übel auch die wirtschaftlichen Rechte derrer anerkennen, die die Bürgerschaft für die Ernährung übernehmen. Wir wollen Wien retten, aber es ist unser gutes Recht, die deutsche Stadt für das Deutschland zu retten. Mit einer einmaligen Hilfe, das liegt auf der Hand, ist gar nichts geschafft. Wir würden im nächsten Winter zweifellos wieder vor ähnlichen Zuständen stehen und beliebig oft lassen sich regelwidrige Eingriffe in das deutsche Versorgungsgebiet auch nicht wiederholen. Hier kann nur der Ausweg helfen, daß Wien und Österreich wirtschaftlich dem Deutschen Reich angegliedert werden, mögen sie politisch sein und bleiben, was der Entente beliebt. Eine andere Lösung dieser Frage, die für die Wienerstadt die Lebensfrage ist, ist gar nicht denkbar. Vom dünnen Blutstrom, der im Wirtschaftskörper des Deutschen Reichs kreist, kann nicht dauernd noch ein Teil nach der Donau abgeleitet werden, ohne daß von dort je etwas zurückfließt. Das mag der Entente unangenehm sein, und die französische Presse mag darüber einen Tobsuchtsanfall bekommen, trotzdem besteht kein Anlaß, diese Dinge nicht in vollster Deffektivität gelassen zu erörtern. Die Entente wird sich schon noch oft an die Erfahrungen gewöhnen müssen, daß die wirtschaftlichen Notwendigkeiten härter sind als die Tüfteleien der gerissensten Plänschmiede.

Neues vom Tage.

Der Wiederaufbau.

Berlin, 3. Dez. In der „Deutschen Allg. Ztg.“ wird geschrieben: Aus den Ausführungen des Ministers Gehler geht hervor, daß die französische Regierung offenbar nicht die Absicht hat, von uns in nemenswertem Umfang Arbeiter für Frankreich zu fordern, obwohl wir hierzu bereit waren und sind. Auf französischer Seite bestehen Bedenken nicht etwa gegen das Können unserer Arbeiter, wohl aber gegen ihre Gesundheit und den bei ihnen befürchteten Bolschewismus. Da es sich in der Hauptsache um reine Erstarbeiten handelt, für die auch früher in Deutschland vielfach ausländische Arbeiter herangezogen wurden, wird der Hinweis auf italienische und polnische Kräfte den Fachmann nicht überraschen. Es bleibt dennoch ein großes Tätigkeitsgebiet übrig, nämlich die Herstellung und Errichtung von Baukonstruktionen, Fabrikanlagen, innerer Ausrüstung von Fabriken mit Kraft- und Werkzeugmaschinen. Diese Arbeiten werden allerdings hauptsächlich in Deutschland selbst zu verrichten sein, jedoch in Nordfrankreich nur Montagetagelöhner in Frage kommen. Aber es ist nicht zu sagen, daß Frankreich nicht eines Tages noch ein Arbeiterheer von uns fordern könnte, wahrscheinlich indessen ist das jetzt nicht mehr.

Die „unaufhörlichen Rüstungen“.

Berlin, 3. Dez. Die Blätter melden, der Oberste Rat habe auf den Rat Fochs beschlossen, von Deutschland die Unterdrückung der „Militärorganisationen“ zu verlangen, die im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrags stehen sollen. Der Ausdruck ist

wieder nicht ungehindert gewährt, wenn unter „Militärorganisationen“ kann schließlich alles mögliche verstanden werden.)

Austritt aus dem Metallarbeiterverband.

Berlin, 3. Dez. Infolge des zusammengebrochenen Metallarbeiterstreiks haben 11 790 Metallarbeiter der Provinz Brandenburg ihren Austritt aus dem Metallarbeiterverband angezeigt.

Parteitag der Unabhängigen.

Leipzig, 3. Dez. Der Parteitag der Unabhängigen beschäftigte sich gestern mit der Steuererleichterung. Es wurde von Sturm empfohlen, Leitsätze anzunehmen, die auf Ablehnung aller indirekten Steuern, Steigerung der Besitzsteuer „bis zu einer von der Kapitalistenklasse als unerträglich empfundenen Höhe“ und eine Sozialisierung hinauslaufen.

„Bayerische Königs-Partei.“

München, 3. Dez. Am Sonntag wurde hier durch Vertreter aus ganz Bayern, besonders aus Zentrumskreisen, eine „Bayerische Königs-Partei“ gegründet, die ein Königtum ohne Militarismus, ohne Hoffschranken und Bureaucratie erstrebt, eine christliche Monarchie mit freiem Volk und freiem König. In der Versammlung wurde mitgeteilt, daß die Kleinbürger und Bauern der Partei das lebhafteste Interesse entgegenbringen. Der Adel, die akademischen Kreise und die ältere Beamtenschaft wollen nach den „A. N. N.“ erst die Entwicklung der Dinge abwarten.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 3. Dez. Wie verlautet, hat Frankreich die amerikanischen Mitglieder der Friedenskonferenz gebeten, ihre Abreise nach Amerika, die auf den 4. Dezember festgesetzt war, bis zur Unterzeichnung des Protokolls zu verschieben. In Deutschland werde die Abreise der Amerikaner ja ja ausgeht.

Das „Echo de Paris“ meldet: Der Führer der amerikanischen Abordnung Poell hat die Abreise auf nächste Woche verschoben, um Deutschland die Einmütigkeit der Mächte vor Augen zu führen. Dem deutschen Vertreter machte Poell den amerikanischen Standpunkt sehr energisch klar.

Paris, 3. Dez. Auf die Vermittlung des Königs von England, des Königs von Italien und des Präsidenten Poincaré hat der Oberste Rat beschlossen, das Ultimatum an Rumänien wegen Nichtunterzeichnung des Vertrags von St. Germain zunächst zurückzuziehen, da Rumänien zurzeit vor dem Zusammenbrechen des Parliaments ein reines Geschäftsministerium habe, das für die Unterzeichnung des Friedensvertrags die Verantwortung nicht übernehmen könne. (Hat das der Oberste Rat bisher nicht gewünscht?)

Gefährliche Lage in Italien.

Rom, 3. Dez. Die Kammer wählte Orlando (Republikanische Partei) mit 251 Stimmen zum Präsidenten. An Loggari (Soz.) fielen 143 Stimmen. — Einige sozialistische Abgeordnete wurden auf den Straßen verhöhnt.

In Rom, Mailand und Florenz wurde der Generalstreik ausgerufen. Die Sozialisten verlangen die Abschaffung des Königtums. In Rom können keine Zeitungen erscheinen. Die nationalen Parteien veranstalten Gegenkundgebungen durch Umzüge und Massensammlungen. In Mailand kam es zu blutigen Zusammenstößen.

Rom, 3. Dez. Ministerpräsident Nitti bedauert in der gestrigen Kammer Sitzung, daß gegen sozialistische Abgeordnete Gewalttätigkeiten verübt worden seien. Er werde eine strenge Untersuchung einleiten lassen. 2 Freunde der Regierung bitte er, in diesen Tagen, sich im Ausland ein Verleumdungsflug gegen Italien entwickle, ihn nicht im Stich zu lassen. In Rom wird auf die Karabiniere geachtet, die das Feuer erwidern. Es gab 1 Toten und 6 Verwundeten.

„Perseveranza“ meldet, der Arbeiterbund und die sozialistische Parteileitung haben den Generalstreik einstimmig der Zeitungen für ganz Italien beschlossen.

Deforziert.

Von J. W.

„Hm,“ machte der Rat und ging weiter. Sekretär Vogel lehnte langsam in sein Büro zurück und sagte zu dem Altuar: „Herr Kollege Grab, haben Sie die Güte, mich auf einige Stunden zu vertreten, ich habe eine dringende Angelegenheit zu erledigen.“

Darauf nahm er seine Sachen und entfernte sich durch die Hintertür des Amtsgebäudes. Er schämte sich einem Kollegen oder Vorgesetzten zu begegnen; sie würden ihn alte fragen, wie das käme, daß er übergegangen sei, und er konnte das nicht ertragen. Wie ein Verbrecher, der ans dem Gefängnis entlassen ist, schlich er auf Seitenwegen in seine Wohnung. Er hatte einen Entschluß gefaßt, so schnell und so heroisch, wie noch nie in seinem Leben; denn er war die geborene Kengstlichkeit. Er wollte zum Esel gehen und ihn fragen, was man ihm zur Last lege und warum man ihm diese Schande angetan habe. Ja, das wollte er, und zwar sogleich, noch in dieser Stunde!

Hastig zog er, zu Hause angelangt, seine feierliche Gewandung an und verließ seine Wohnung, glücklich wie ohne einem aus seiner Familie Rede stehen zu müssen.

„Nun, was bringen Sie, Vogel?“ sagte der Präsident, als der Sekretär mit tiefer Verbeugung ins Zimmer trat. „Ich wollte mir eine gehorsamste Anfrage erlauben, Herr Präsident,“ begann Vogel stotternd, indem er in das Innere seines Zolnders starrte. „Herr Präsident werden Sie wissen, daß der Sekretär Wiese deforziert worden ist?“

„Wiese? So... so!“ Der Präsident nahm eine Zeitung vom Tisch, blätterte hinein und legte sie wieder auf ihren Platz. „Ganz recht,“ sagte er, „Wiese ist deforziert. Nun und —?“

Das spanische Ministerium bleibt.

Madrid, 3. Dez. Da der König dem Kabinett sein Vertrauen bestätigte, hat dieses beschlossen, vollständig im Amte zu bleiben.

Bürgerkrieg in Mexiko.

St. Pajo, 3. Dez. (Reuter.) Die Soldaten unter Villa haben, um für die Hinrichtung des General Angelos' Rache zu nehmen, am 28. Nov. nördlich von Santa Rosalia (Chihuahua) einen Angriff auf das 11. mexikanische Regiment gemacht. 674 Soldaten wurden niedergemetzelt. Nur 2 sind entkommen.

Madensen in Berlin.

Berlin, 3. Dez. Feldmarschall v. Madensen ist heute vormittag auf dem Anhalter Bahnhof eingetroffen. In seiner Begleitung befand sich sein ältester und sein dritter Sohn, die ihm entgegengefahren waren, der Armeecorrespondent Geh. Rat Peters, die Adjutanten und Offiziere seines Stabs, Oberst v. Schwarzgloppen, Major Kessel usw. Als der Zug in die festlich geschmückte Halle einfuhr, spielte die Musik den Armeemarsch Nr. 1. Unter brandenden Hurraufen betrat der greise Heerführer den Bahnsteig, wo sich zu seiner Begrüßung i Vertretung des Reichswehrministers General v. Seeckl der im rumänischen Feldzug Madensens Generalstabschef gewesen war, und andere Offiziere eingefunden hatten; ferner waren erschienen die Generale v. Bülow, v. Falkenhayn, v. d. Golz, v. Valtow, Märker, v. Steuben und v. Strang, Oberst Hehl aus dem großen Hauptquartier u. a., sowie eine Abordnung des Vereins ehemaliger Angehöriger des Inf. Reg. 129 mit ihrer Fahne. Madensen trug eine Blumenkrone und begleitet von einer dicht gedrängten Menschenmenge, die durch die Absperrung gedrungen war, schritt Madensen die Front der Ehrenkompagnie ab. Unter Hoch- und Hurraufen und unter den Klängen des Liedes „Deutschland Deutschland über alles“ begab sich der Feldmarschall zu einem Imbiss nach dem Wartesaal. Nach kurzem Aufenthalt setzte er seine Fahrt über den Stettiner Bahnhof nach dem Familienquartier seiner Gemahlin, Groß-Jannowitz bei Lauenburg in Pomern, fort. Die tausendköpfige Menge vor dem Bahnhof hatte vergeblich auf ihn gewartet.

Der Oberste Rat verbietet die Polizeiwehr usw.

Berlin, 3. Dez. Den deutschen Vertretern in Paris ist folgende Note der alliierten und assoziierten Regierungen vom 1. Dezember zugegangen: „Alle bis heute eingegangenen Nachrichten bezeugen übereinstimmend, daß die deutsche Regierung seit einiger Zeit die Umwidmung ihrer militärischen Streitkräfte vorbereitet und verwirklicht. Außer der Reichswehr werden unter dem Namen „Sicherheitspolizei“ bestehende Streitkräfte geschaffen, die sämtliche Kennzeichen und den Wert ausgewählter militärischer Streitkräfte haben. Diese Streitkräfte werden von Stäben befehligt und verwaltet, bis aus militärischem Personal zusammengestellt sind. Die Bestimmungen haben jedoch, obwohl sie dem Ministerium des Innern unterstellt sind, einen Charakter, der ihrer angeblichen Bestimmung als Polizei widerspricht. Ihre Aufstellung verstößt gegen Artikel 162 des Vertrags. Außerdem bildet Deutschland unter dem Namen „Freiwillige“ und „Einwohnerwehr“ Reserven, die Kontrollversammlungen und militärischen Übungen unterworfen sind und mit Munitionslagern versehen sind. Diese Organisationen stehen mit der Gesamtheit der militärischen Bestimmungen und namentlich mit Artikel 178 des Vertrags im Widerspruch.“

Die a. und a. Regierungen machen schon jetzt darauf aufmerksam, daß diese Maßnahmen als eine Absicht des deutschen Regierung, den Vertrag nicht auszuführen, ausgelegt werden können. Sie fordern infolgedessen die deutsche Regierung auf, die vor bezeichneten Maßnahmen unverzüglich aufzugeben, jedenfalls aber so, daß mit der Inkraftsetzung des Friedensvertrags die sogenannten Polizeitruppen auf die in der Vertrag vorgesehene Stärke herabgemindert werden und einen ihrem Charakter als Zivil- und Gemeindepolizei entsprechenden Verfassung erhalten und die Stäbe, die über die im Vertrag vorgesehene Zahl hinaus geschaf-

„Herr Präsident verzeihen, aber Wiese ist fünf Jahre jünger als ich und —“

„Herr Sekretär Vogel,“ unterbrach ihn der Präsident streng, „wollen Sie mich etwa zur Rede stellen?“

„Herr Präsident —!“

„Deforzierungen erfolgen nach Verdienst, das wissen Sie!“

„Herr Präsident!“ sagte der Sekretär mit zitternder Stimme zu entgegnen, „ich habe neununddreißig Jahren und ehrlich gedient und mir nie etwas zu Schulden kommen lassen.“

„Ich habe Ihnen auch keinen Vorwurf gemacht, Herr Sekretär Vogel; aber der Eine leistet eben viel, der Andere wenig; auch ich lasse mich nicht zur Rechenschaft ziehen.“

Der Sekretär wollte noch etwas sagen, aber der Präsident hatte sich bereits seiner Arbeit zugewandt; er verneigte sich daher tief hinter dem Rücken des Chef- und verließ das Zimmer. Nach einigen Minuten zog der Präsident die Klingel und befahl dem anwartenden Diener, Herr Rat Winter zu rufen. Als derselbe erschien sagte der Präsident:

„Hören Sie, lieber Kollege, was ist das mit den Sekretär Wiese?“

„Ich weiß nichts, Herr Präsident!“

„Nun, hier lesen Sie!“ — Er reichte ihm die Zeitung hin. — „Wiese ist deforziert worden. Wie kommt das? Wir hatten doch den Sekretär Vogel vorgeschlagen. Vogel ist älter und durchaus tüchtig, während Wiese ein Windhund ist.“

„Ich verstehe das nicht, Herr Präsident,“ versetzte der Rat verwundert. „Verzeihen Sie, ich werde gleich nachhören.“

Nach einer Weile kam er ziemlich betreten zurück. „Es ist ein Irrtum passiert,“ meldete er, „ein Schreibfehler in der Verichts-Ausfertigung, die Namen sind verwechselt worden.“

ten sind, sowie die Reservorganisationen aufgelöst werden.

Zu der Note ist folgendes zu bemerken: Es ist nicht zutreffend, daß die deutsche Regierung eine Entwidmung ihrer militärischen Streitkräfte vorbereitet. Im Gegenteil ist die Zurückführung der Heeresstärke auf das im Artikel 163 Absatz 2 des Friedensvertrags zunächst vorgesehene Maß von 200 000 Mann, wie allgemein bekannt, im vollen Gang. Daß die Zentralpolizeibehörden der einzelnen Länder sich im Lauf des Jahres angefangen der bedrohlichen inneren Verhältnisse Deutschlands genötigt gesehen haben, durch Einrichtung von Sicherheitspolizei, Einwohnerwehren und Zeitsfreiwilligen besondere Einrichtungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung schaffen, ist nicht nur Gegenstand der öffentlichen Erörterung, sondern auch der Entente bereits vor Monaten offiziell mitgeteilt worden. Zu der von deutscher Seite angeregten Besprechung der Einzelfragen ist es bisher zum Bedauern der deutschen Regierung nicht gekommen.

Baden.

Karlsruhe, 3. Dez. Universitätsprofessor Dr. Höpfiger hat dem Präsidenten des Landtags die Erklärung gegeben, daß er verhindert sei, das Landtagsmandat anzutreten. Infolge dieses Verzichts wird Bürgermeister Albert Stork aus Schallstadt aufgrund des demokratischen Wahlvorschlages in den Landtag einrücken, wenn er bereits früher als Nationaldeputierter angehört hätte.

Mannheim, 3. Dez. Bei der Straßenbahn übersteigen die Ausgaben die Einnahmen um 4 700 000 Mark beim Gaswert um über zwei, beim Elektrizitätswert um über eine und beim Wasserwert um eine halbe Million. Daher soll der Straßenbahnminderpreis auf 35 Pfennig, der Gaspreis auf 50 Pfennig, der Lichtstrompreis auf 115 Pfennig erhöht werden.

Heidelberg, 3. Dez. Zwischen Redaktionsmitglied und Schlierbach wurde gestern eine angeschwemmte weibliche Leiche aufgefunden. Man fand bei ihr ein Notizbuch in dem der Name eines 25jährigen Fräuleins aus Eberstadt bei Darmstadt eingetragen war. — In einer hiesigen Wirtschaft nahm in der Nacht zum Sonntag der Sohn eines hiesigen Lokomotivführers mit einer unbekannten jungen Dame Quartier. Beide wurden in der Zimmer tot aufgefunden. Wahrscheinlich liegt ein Selbstmord vor.

Baden-Baden, 3. Dez. Die Landesversammlung der badisch-pfälzischen Medaillenverbände für die nächste Samstag, vormittags 11 Uhr, im Arokolid hier statt.

Kröffen, 3. Dez. Hier werden von den Franzosen zu Zeit große Mengen Meerrettich aufgekauft. Sie holen das Nahrungsmittel zentnerweise mit Autos ab und zahlen 180 Mark, während der Richtpreis auf etwa 70 bis 80 Mark für den Zentner lautet. Dann bildet der Meerrettich einen Schieberartikel für die Franzosen.

Ziengen, 3. Dez. Wie verlautet, beabsichtigt die Deutsch-nationale Volkspartei hier eine Zeitung herauszugeben. Vermutlich wird sie in der Buchdruckerei v. Greiner hergestellt werden.

Württemberg.

Stuttgart, 3. Dez. (Vergrößerung des Handelslohs.) Der „Smitzger Handelslohs“, der bekanntlich das frühere Kronprinzenpalais innehat, hat das einstige Hotel Oberpollinger käuflich erworben.

Badnang, 3. Dez. (Stiftung.) Aus der Louis-Schweizer-Stiftung erhalten bedürftige Schulkinder auch jener ein warmes Frühstück. Die Söhne des Stifters, die Fabrikanten Friß und Robert Schweizer, haben dem Herbergerverein für diesen Zweck weitere 20 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Mittelbach O. A. Gerabronn, 3. Dez. (Jugend von heute.) Abends gegen 8 Uhr überfielen fünf Burtschen beim Eingang des Ortes ein 16 Jahre altes Mädchen,

„Du,“ machte der Präsident ärgerlich.

„Es muß das nächste Mal nachgeholt werden,“ betonte sich der Rat zu erklären, „oder vielleicht können wir ihn zum Kanzleirat vorschlagen?“

„Schön, erinnern Sie mich daran, Herr Kollege!“ antwortete der Präsident.

Damit war die Angelegenheit zu Ende. Am nächsten Morgen wurde die Reihenfolge im Büro zum ersten Mal nicht eingehalten. Als der Bote Heinrich erschien, war noch niemand da; nach einiger Zeit fand sich der Altuar Grab ein und fragte verwundert, wo die anderen seien. Erst nach einer halben Stunde kam der Kanzlist Wiemann zum Vorschein; er hatte dem Sekretär Wiese zur Deforizierung gratuliert und war von ihm zu einem Glase Punsch eingeladen worden; darüber hatte er die Bürostunde verschlafen. Der Sekretär Vogel erschien auch jetzt noch nicht.

Als es zehn Uhr, und das Büro noch immer ohne Sekretär war, machte der Bote Heinrich vorschriftsmäßige Anzeige, und es wurde ein besonderer Bote in die Wohnung des Sekretärs Vogel geschickt. Derselbe lehnte nach einer Viertelstunde mit der Meldung zurück: „Der Herr Sekretär kann nicht in den Dienst kommen; denn er ist in der Nacht vom Schläge getroffen worden und heute früh acht Uhr verstorben.“

© ***** Scherzecke. ***** ©

Volkswirtschaft.

Aller Anfang ist schwer, no' s Lumpesammle net, do hot ma' en leere Sad.

Ein Doktor und ein Bauer wissen mehr als ein Bauer allein.

Die braven Leute sind dünn gesät und wachsen weit auseinander.

das in Begleitung ihres Bruders war, von Beimbach zehrig und hier bedient ist. Während einige der Kerle den Bruder hinarbeiteten und festhielten, schleppten die anderen das Mädchen fort. Der Bruder, der später wieder freigelassen wurde, machte sofort Anzeige. Die Landjägersmannschaft konnte bis jetzt der Straftat nicht habhaft werden. Auch das Mädchen hat sich bis jetzt nicht wieder eingefunden.

Neuffen, 3. Dez. (Einbruch.) In der Nacht zum Sonntag wurde im Rathaus eingebrochen und in der Stadtpflege wie im Zimmer des Stadtvorstands bares Geld im Betrag von etwa 22 000 M. entwendet.

Neutlingen, 3. Dez. (Diebstähle.) In der letzten Woche wurde aus einem Pferd ein Mutterfahel im Wert von 270 Mark gestohlen. Durch Aufbrechen eines Schaufensters in der Wilhelmstraße wurden in der Nacht 15 Paar Herren- und Damenhandschuhe entwendet.

Spaichingen, 3. Dez. (Holzhieb.) Zur Tilgung der 480 000 Mark betragenden Gemeindeforderungen beschloß der Gemeinderat einen außerordentlichen Holztrieb von 1000 Festmetern vorzunehmen zu lassen. Der regelmäßig Holztrieb wird hierdurch nicht berührt.

Schramberg, 3. Dez. (Ueberraschung.) In der Nacht auf Montag drang ein 45 Jahre alter Arbeiter in das Zimmer einer im gleichen Hause wohnenden 20 Jahre alten Arbeiterin und vergewaltigte sie, nachdem er sie vorher durch Schläge auf den Kopf betäubt hatte. Der Täter ist verhaftet.

Ulm, 3. Dez. (Torverförmung der Städte.) Das Kulendorfer Torwerk der Fürstlichen Herrschaft Königsegg geht vom 1. Januar 1920 in den Besitz der Vereinigung oberschwäbischer Städte über. Der Hauptanteil kommt der Stadt Ulm zu, in zweiter Linie sieht die Stadt Ravensburg. Das Torwerk wird auf 15 Jahre gepachtet.

Ulm, 3. Dez. (Vertrauensmißbrauch.) Die Strafkammer hat den verheirateten Arzt Dr. Döring in Deggingen in nichtöffentlicher Sitzung wegen Mißbrauch des ihm als Arzt entgegengebrachten Vertrauens auf 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Vermischtes.

Der 3. Band von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen. In den nächsten Wochen sollte der mit großer Spannung erwartete 3. Band der Bismarckschen Gedanken und Erinnerungen beim Cotta'schen Verlag in Stuttgart ausgegeben werden. In diesem Band sind eine Anzahl von Briefen des früheren Kaisers enthalten. Von Seiten der Verwertung des Kaisers ist nun beim Landgericht Stuttgart der Antrag gestellt worden, die Ausgabe des 3. Bands zu verbieten, da nach dem Urheberrecht in Briefen eine rechtliche Grundlage für die Verwertung der Veröffentlichung vorliegt. Das Landgericht hat einstweilen verfügt, daß die Ausgabe des 3. Bands von Bismarcks Wert vermindert ist. Die Angelegenheit ist damit aber noch nicht erledigt, eine endgültige Entscheidung wird als Oberlandesgericht in allernächster Zeit zu treffen sein.

Der neue Wein. Die Namensgeber sind an der Arbeit. Die einen wollen den Wein den „Amstürzer“ nennen, die zweiten im Gedanken an den modernen Zeitgeist den „Schieber“, die dritten im Hinblick auf das klangvolle Heizmaterial den „Kohlenersatz“. Wer hebt als Kind aus der Taufe?

Schlechte Jagd. Das Ergebnis der Hasenjagd in Berchtesgaden ist nicht gut. Die Pächter machen schlechte Geschäfte. Das hübsche Wild, das noch da ist, wird vielfach von Wilderern geholt. Die Füchse dagegen verhalten sich stark und räumen unter Dählern, Gänzen, Inten usw. auf.

Blinde Kinder. Nach amtlicher Mitteilung ist die Anmeldezahl erbinder Kinder in die bayerischen Landes-Kindenanstalten ungewöhnlich groß. Ueber ein Drittel der armen Geschöpfe hat das Augenlicht durch die Geburt von geschlechtskranken Müttern verloren.

Mord. In Wien wurde ein achtjähriges Mädchen ermordet. Ein Arbeiter brachte zur Anzeige, daß er von einem Arbeiter namens Maidet Fleisch zum Kochen erhalten habe, das ihm verächtlich vorkomme. Die Polizei fand bei Maidet noch Rippstücke, die von einem menschlichen Körper herrührten. Maidet ist verhaftet worden.

General Uskar †. Der frühere Gouverneur der Festung Ulm, General d. Inf. Wilhelm v. Uskar, ist gestorben.

Die Verschleuderung deutschen Guts. Der Verkauf billiger deutscher Möbel in die Schweiz ist so groß, daß in schweizerischen Möbelfabriken und in Gewerbebetrieben Arbeitslosigkeit eingetreten ist. Die Schweiz will zu Einfuhrverboten schreiten. Der Reichsverband deutscher Industrieller warnt gegen die fortgesetzte Verschleuderung deutscher Waren. Die ihm angeschlossenen Möbelfabriken werden verpflichtet, keine Waren ohne den Konsulatsausweis ins Ausland zu verkaufen. — Die Ausfuhr wird aber wohl in den meisten Fällen durch Schleihhandel erfolgen.

Hochwasser. Durch das andauernde Anschwellen der Elbe muß nach dem „Berl. Lokalanzeiger“ demnächst mit der Einstellung der gesamten Elbschiffahrt gerechnet werden. Der Wittenberger Pegel ist in den letzten Tagen um mehr als 150 Zentimeter gestiegen.

Hilfe für Wien. Am 30. November sind in Wien 5 Eisenbahnzüge mit Lebensmitteln und 8 Züge mit Kohlen aus Deutschland eingetroffen.

Verkehrsperre in Frankreich. Clemenceau hat den französischen Eisenbahngesellschaften — in Frankreich sind die Eisenbahnen meistens Privatunternehmungen — mitteilen lassen, wenn die Kohlenversorgung sich nicht bald erheblich bessern lasse, so werde der Personenverkehr in ganz Frankreich für eine Woche gesperrt werden müssen.

Diebstahl bei der Eisenbahn gestohlen wird. Die Erbschaften der preussisch-österreichischen Staatsbahnen für erlorene, verborbene und beschädigte Gegenstände haben im Jahr 1918 nicht weniger als 135 Millionen Mark erreicht. Nach dem Vorkaufsfall für das laufende Rechnungsjahr werden es noch 25 Millionen mehr werden. Zum erheblichen Teil kommt dieser Verlust auf Eisenbahnabfälle.

Höhere Pensionspreise für Ausländer. Die Vereinigung Groß-Berliner Fremdenheime hat beschlossen, sich betrefis der höheren Preise für Ausländer den Entschuldigungen der Hotelbesitzervereinigungen anzuschließen.

240 000 Mark unterschlagen. Der Postamtsvorleiter Wiedenhoff, Kirchmeister der evangelischen Gemeinde Offen-Rüttenscheid, unterschlug deren Gesamtvermögen von 240 000 Mark und flüchtete.

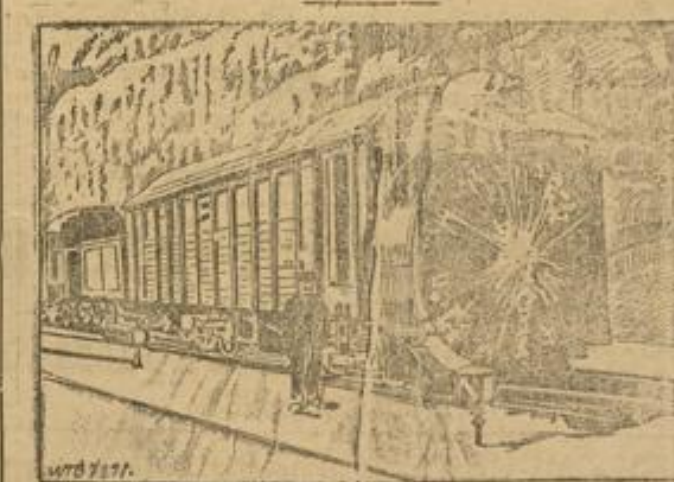
Gewissenlose Profitgier. Der russische Staatsangehörige Elin Wechsel stand vor dem Berliner Gericht unter der Auflage des Betrugs, weil er als Betriebsleiter der Geschloßfabrik Otto Kachmann in Vorkauß unter falschen Angaben Granaten an die Sponauer Geschloßfabrik geliefert hat, die einen so hohen Explosionsgehalt hatten, daß die Gefahr vorlag, daß sie in sogenannten Rohkrepieren wurden und dadurch das Leben der Geschloßbediensteten gefährdeten. Der Nulla-vertreter beantragte 3 Jahre Gefängnis und 10 Jahre Ehrverlust, weil der Angeklagte mit ungeheurer Rohheit und Gewissenlosigkeit das Geld des Lebens vieler Tausender Soldaten auf das Spiel gesetzt habe. Das Gericht kam jedoch zu einer Freisprechung.

Eine Taana für Sexualreform. In Leipzig am 30. November unter Vorsitz von Kulturrat Kofenthal (Breslau), Dr. Magnus Hirschfeld (Berlin) und Dr. Helene Stöcker (Berlin) die Delegiertenversammlung des deutschen Bundes für Mutterschutz. Es wurde beschlossen, im Frühjahr 1920 eine Taana für Sexualreform zu veranstalten, auf der Vorträge über das Sexualerhalten werden. — Das kann nett werden.

Die gestohlenen Gobelin. Wie berichtet, sind aus dem Schloß des Großherzogs von Oldenburg in Eutin (Fürstentum Lübeck) vor einiger Zeit drei gestohlene Wandteppiche im Wert von 250 000 Mark gestohlen worden. Wie nun mitgeteilt ist, haben die Diebe die Teppiche an einen Händler in Heidelberg um 27 000 Mark verkauft, der sie alsbald wieder an einen anderen Händler in Frankfurt um 78 000 Mark weiterverkauft. Bei dem Frankfurter Händler wurden die Teppiche entdeckt und beschlagnahmt. Wegen der Beteiligung ist die Untersuchung eingeleitet.

Aus der Welt der Woken. In einer Versteigerung der Kunstschätze eines schlesischen Schlosses, das einem Privatmann gehört, wurden Preise für französische Möbel des 18. Jahrhunderts erzielt, wie man sie in Deutschland bisher noch nicht gekannt hat. So kam ein Louis XV. Sofa mit sechs Lehnsesseln auf nicht weniger als 800 000 Mark. Die Möbel wurden von einem Berliner angekauft. Außerdem erzielten zwei Kommoden der gleichen Zeit je 190 000 Mark, ein Louis XV. Schrank erreichte 41 000, ein Dorsomatenstuhlbüchsch der Louis XV. Zeit 65 000 Mark. Für eine Aufhänger-Garnitur gab man 200 000 Mark, für zwei kleine Eschtränke (mit schwarzem Lack und Goldmalerei in chinesischer Manier) 97 000, für ein paar Louis XVI. Armstühle 24 500 Mark. Ein großer italienischer Chorstuhl des 16. Jahrhunderts kostete 10 100, ein mitteldeutscher Ruckholstuhlfuß (um 1750) 23 000, ein mitteldeutscher Barockschrank aus in verziertem Nubholz 28 000 Mark. Sehr hoch eingeleitet die Wandteppiche. Für einen italienischen Renaissance-Teppich wurden 181 000 Mark gezahlt, für eine persische Wandteppich (um 1800) 56 000, für einen Louis XV. Teppich 225 000 Mark. Dieser Auktion von Möbeln und Wandteppichen ging das Ausgebot aller aus jenem schlesischen Schloß stammender Bildwerke alten Meisters voraus. Ein Tintoretto (Erweckung des Lazarus) brachte 200 000 Mark, ein zweiter Tintoretto (Porträt eines päpstlichen Patriziers) 175 000, ein Caravaggio 115 000, ein Enochbrechtien 95 000, ein Borghese d. Ne. 130 000 Mark. Für ein Stillleben von Corbet gab man 145 000 Mark.

Wucher überholt. Nach amtlicher Bekanntmachung sind in Frankreich in vier bis fünf Monaten 6056 Personen wegen Wuchers in Lebensmitteln usw. dem Tode übergeben worden. Ein großes Warenhaus in Paris wurde wegen Wuchers in Schuwaren vor Gericht gestellt.



Schneekreislauf zum Freinhalten der Schienenmassen auf der Eisenbahnstrecke Hirschfeld-Gr. Zehreibeck

Notales.

Heimkehr der Kriegsgefangenen. Am 29. November sind in Saarbrücken und in den pfälzischen Städten 2400 Gefangene aus Ägypten eingetroffen.

Ein Radiotelegramm aus Rom meldet, der Papst habe den Erzbischof Amette von Paris beauftragt, die

österreichischen Regierung seinen Wunsch nach Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen zu unterbreiten.

Valuta. Der Kurs der Reichsmark im besetzten Saargebiet ist weiter herabgesetzt worden. Ein französischer Franken wurde 4,90 Mark gleichgesetzt. In Elsas Lothringen gilt 1 Mark 25 Centimes.

Sparprämienanleihe. Die Zeichnungsfrist für die Sparprämienanleihe ist um eine weitere Woche bis 10. Dezember verlängert worden.

Advent.

Bruder und Schwester im deutschen Geist!
Wißt ihr noch, was Advent uns war,
Als wir vor kindlicher Freude durchdrungen,
Fröhliche Weihnachtslieder gesungen
Jahr für Jahr?

Welch ein Hoffen von Tag zu Tag!
Welch ein Jubel von Stunde zu Stunde!
Weil wir es glaubten, daß auf der Erde
Einmal im Jahre Weihnacht es werde,
Nach es und kund!

Wei! wir es glaubten! — Wir wurden groß
Doch unser Glaube hielt niemals Schritt,
Und unser Hoffen und alles Lieben
Ist in den Jahren des Leidens geblieben,
— Sie nahmen's mit!

Bruder und Schwester im deutschen Geist!
Stählen wir unsere Kräfte heut!
Lassen wir uns die Augen der Kleinen
In die erkalteten Herzen scheinen,
Bis sie erneut!

Bis wir es fählen, daß kindlicher Sinn
Eine wahrhaftige Freude nur kennt
Und daß uns allen eins not ist auf Erden:
Wieder so wie die Kinder zu werden!
Gib das, Advent! G. W. Weidrich.

Datocti Univeritätsprofessor. Der frühere Reichslebensmittelkommissar und Oberpräsident von Ostpreußen v. Datocti ist nach Berliner Blättern zum ordentlichen Professor an der philosophischen Fakultät der Universität Königsberg ernannt worden.

ep. Gedenket der Tapferen von Scapa Flow! In einem Schreiben, das der Volksbund zum Schutz der Kriegs- und Zivilgefangenen kürzlich von Admiral Keiser erhalten hat, heißt es u. a.: „Unser Los ist benjo hart, als das der französischen Gefangenen; denn nun hat uns zu Unrecht festgesetzt und hält uns als Beiseln zurück. Das ist so standalös, daß es keine Worte saßir gibt. Wirken Sie auf die Presse in ähnlichem Sinn. Nun ist bald Weihnachten, und wieder ist man von der Heimat fern! Mütteln Sie die schlaffen Geister in Deutschland auf!“

Der „Berl. Lokalanzeiger“ veröffentlicht einen Aufsatz der zurückgehaltene Besatzungen der deutschen Schiffe von Scapa Flow und der Flieger an die Heimat, in der s u. a. heißt: „Wird Deutschland für unsere Heimsehung gezwungen werden, schmachvolle Bedingungen zu unterzeichnen, so wollen wir alle Mann für Mann weiter ins Los der Kriegsgefangenschaft tragen. Dann tun wir weiter unsere Pflicht für unser geliebtes Vaterland, für unsere Heimat, für Deutschland, Deutschland, Deutschland über alles.“

Prinz Max von Baden richtete einen offenen Brief an den Erzbischof von Canterbury, in dem er seine Hilfe für die deutschen Gefangenen erbittet und an die englischen Soldaten appelliert, die aus der deutschen Gefangenschaft zurückgelehrt sind.

ep. Für die deutsch-schweizerischen Wehrleute. Den deutsch-schweizerischen Wehrleuten ist die dauernde Rückkehr in die Schweiz durch die Bestimmung der Schweizer Regierung belanlich bis heute versagt geblieben. Dagegen hat sich diese auf Antrag des Bundes der Auslandsdeutschen schon bereit erklärt, solchen deutsch-schweizerischen Wehrleuten, die Familien in der Schweiz haben, für einen vorübergehenden Aufenthalt über die Wehrdienstzeit Einreiseerlaubnis zu erteilen. Diese Wehrdienstleistung wird von den in Betracht kommenden Wehrleuten und ihren Familien mit Freunden begrüßt werden. Einreisegeld der Wehrleute in unserem Land ist unter genauer Angabe der Familienverhältnisse, an welchen sie eine Verfügung eines Landeszeugnisses umgehend bei der Vereinigung deutscher Wehrmänner aus der Schweiz, Zentralfelle Ulm, Donaubastion einzureichen.

— Auswanderung. Die brasilianische Regierung erklärt sich in Zeitungsinseraten bereit, vor Ende des Jahres 3100 deutsche Auswanderer (Landwirte) auf ihre Inseln mit einem brasilianischen Schiff von Rotterdam aus nach Brasilien zu beibringen. Meldungen mit getauer Personenangabe sind an das schweizerische Konsulat in Lissabon, Lissabon, Lissabon, Lissabon, zu richten. — Den Auswanderern ist große Vorsicht anzuraten. Es kommt vor allem darauf an, wo hin die Auswanderer geführt werden sollen. In den Provinzen Rio Grande do Sul und St. Catharina ist das Klima erträglich, dort befinden sich auch schon lange größere deutsche Ansiedlungen. Brasilien hat aber auch ungeheure Strecken, wo das Klima für den Europäer mörderisch ist, die Gegenden, wo Kaffee und Kakao gebaut werden, sind jedenfalls für deutsche Ansiedler durchaus ungeeignet. Brasilien ist ungefähr 15mal so groß als das frühere Deutsche Reich; es hat aber bei 8 307 350 Bewohnern eine Bevölkerung von nur etwa 25 Millionen, von denen zudem ein verhältnismäßig hoher Bruchteil auf die großen Städte entfällt. Daraus geht schon hervor, daß der weitaus größte Teil des Landes für europäische Besiedlung nicht in Frage kommen kann. Auswanderungslustige sollten also sich vorher vergewissern und durch amtliche Urkunde bestätigen lassen, welcher Bezirk

Aus dem Bezirk.

Wildbad, 3. Dez. (Postalisches.) Zufolge höherer Anordnung finden vom 4. ds. Mts. an zur Kohlenersparnis folgende Einschränkungen statt:

1. Der Postschalter ist geöffnet:

Werktags: von 8.30—12.00 Uhr vorm. und
2.30—5.30 nachm.
Sonntags: von 11.00—12.00 vorm.

2. Die Fernsprech- u. Telegraphendienstzeit dauert:

Werktags: von 9.00 vorm.—7.00 Uhr abends
(anstatt seither 9.00 abends)
Sonntags: von 9.00—11.30 vorm.
11.00—12.30
5.00—6.00 abends.

Bei der Postagentur Enzlstörle und den Telegraphenhilfsstellen endigt der Telegraphen- und Fernsprechdienst um 6 Uhr abends (anstatt seither um 7 Uhr abends.)

* **Wildbad, 5. Dez.** (Dezembergewitter.) Dem winterlichen Wetter der letzten Zeit ist heute Nacht gegen 2 Uhr ein schweres Gewitter mit Sturm und äußerst starken Entladungen gefolgt. Fast den ganzen Donnerstag segte ein warmer Südwind durch unser Tal. Die Temperatur be-

wegte sich, trotz der niedergehenden Regenschauer zwischen 7 und 9 Grad Cel., was uns eher an das kommende Frühjahr als an den nahenden Winter gemahnt.

Handel und Verkehr.

Zusammenschluß. Die außerordentliche Generalversammlung der Stahl u. Federer Aktiengesellschaft hat am 1. Dezember den Verschmelzungsvertrag, den die Gesellschaft mit der Direktion der Disconto-Gesellschaft abgeschlossen hat, genehmigt. Die Niederlassungen der Stahl u. Federer Aktiengesellschaft in Stuttgart, Cannstatt, Esslingen, Feuerbach, Freudenstadt, Friedrichshafen, Geislingen, Kirchheim u. T., Ludwigsburg, Ravensburg, Reutlingen, Schwab. Gmünd, Schwab. Hall, Schwenningen, Tübingen, Tuttlingen, Ulm a. D., Waiblingen a. d. F., Wildbad, Zuffenhausen sind damit ab 1. Dezember auf die Direktion der Disconto-Gesellschaft übergegangen. Die Stuttgarter Hauptniederlassung der Stahl u. Federer Aktiengesellschaft wird als Filiale, die übrigen genannten Niederlassungen werden als Zweigstellen der Disconto-Gesellschaft weitergeführt. In der Leitung und in den Personalverhältnissen tritt dabei keinerlei Veränderung ein. Die Direktion der Disconto-Gesellschaft ist eine Kommandit-Gesellschaft

auf Aktien, die mit ihrem Kapital von 310 Millionen an erster Stelle unter den deutschen Banken steht; an Kapital und offenen Reserven besitzt sie zusammen 444 Millionen. Die Disconto-Gesellschaft ist gegründet im Jahre 1851. Neben ihrem Berliner Hauptsitz unterhält sie an vielen deutschen Plätzen Niederlassungen, unter anderem in Braunschweig, Bremen, Coblenz, Danzig, Essen, Frankfurt a. M., Hannover, Hildesheim, Lübeck, Magdeburg, Mainz, München a. d. R., Saarbrücken, Stettin und Trier. Außerdem sind der Disconto-Gesellschaft die Norddeutsche Bank in Hamburg und der Schaaffhausen'sche Bankverein in Köln angegliedert. Das ganze Capital beider Institute (M. 60 Mill. und M. 100 Mill.) ist im Besitz der Disconto-Gesellschaft. Enge Beziehungen unterhält die Disconto-Gesellschaft u. a. zu der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt in Leipzig, zu der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft in Mannheim und zu der Bank für Thüringen in Meiningen.

Die großen Aufgaben, die Württembergs Industrie und Handel am Wiederaufbau Deutschlands zufallen, werden durch diesen unmittelbaren Eintritt der Disconto-Gesellschaft ins württembergische Wirtschaftsleben eine kräftige Förderung erfahren.

Oeffentliche Bekanntmachung

betreffend

den Beginn der Beschwerdefrist gegen die Veranlagung zur Einkommensteuer für 1919.

Nachdem die Einschätzung zur Einkommensteuer für das laufende Steuerjahr in dem

Steuerdistrikt Wildbad

beendet ist, wird gemäß der Bestimmung in Art. 56 des Einkommensteuergesetzes hiemit öffentlich bekannt gemacht, daß die gesetzliche Frist von zwei Wochen zur Einlegung von Beschwerden gegen das Gesamtergebnis der Einschätzung am 6. Dezember ds. Js.

beginnt.

Neuenbürg, den 3. Dezember 1919.

Bezirkssteueramt.

Veröffentlicht!

Wildbad, den 5. Dezember 1919.

Gemeindebehörde für die Einkommensteuer: Schmid.

Freibank.

Am Samstag, den 6. Dez. 1919 vorm. von 8—12 Uhr wird für die Nummern 431—600 pro Kopf 1/4 Pfund Kuhfleisch abgegeben.

Städt. Lebensmittelamt.

Käse-Abgabe.

Auf Lebensmittelmarken 23 wird Käse abgegeben. Listen-schluß Samstag Abend 6 Uhr.

Städt. Lebensmittelamt.

Bekanntmachung

Bis nächsten Samstag haben die Pferdebesitzer ihre Futtermittelfäcke zurückzugeben andernfalls M. 5.— pro Stück berechnet wird.

Städt. Futtermittelabgabe: Carl Maier

Schuhwaren

aller Art

Herren-, Damen-, Knaben-, Kinder- und Mädchenstiefel in nur Leder Ausführung.

Prima Qualitäten fertigt nach Maß bei mäßigen Preisen 124

Hermann Lutz, Wildbad.

Militär-Verein Wildbad.

Die Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsschädigten ladet die Kameraden mit Familien-Angehörigen zu seiner am 6. und 7. Dezember stattfindenden Weihnachts-Feier, deren Erträgnis zu Gunsten der Kriegshinterbliebenen Verwendung findet, höchst ein. Eintrittsgeld mindestens M. 2.—

In Anbetracht des guten Zweckes bittet um zahlreichem Besuch Der Vorstand: August Bechtle.

Dresdner Bank

Aktionkapital und Reserven

Mk. 340 Millionen

Stuttgart Cannstatt
Heilbronn Ulm

Evangelische Kirchengemeinde.

Bei der Kirchengemeinderatswahl die am Sonntag, den 7. Dezember von vormittags 11 Uhr bis nachm. 4 Uhr in der Kirche stattfindet, handelt es sich um die Neuwahl der gesamten gewählten Mitglieder. Im Kirchengemeinderat verbleiben kraft ihres Amtes Herr Stadtschultheiß Böhner und Herr Kirchenpfleger Dieber. Die übrigen Mitglieder treten aus, sind aber wieder wählbar. Es sind das die Herren:

Schuhmachermeister Christian Böhner
Stadtpfleger Brachhold
Bezirksnotar Brehm
Baddiener Karl Giese
Rentner Karl Gittel
Gipsmeister Lipp
Stadtschreiber a. D. Maier
Gärtner Schöber
Schneidermeister Schulmeister
Schlossermeister Schwerdtle

Wählbar sind die über 25 Jahre alten, im wirklichen Genuß des Stimmrechts stehenden männlichen und weiblichen Kirchengemeindeglieder. Jeder Stimmgeld hat 10 Namen zu enthalten. Die Abstimmung geschieht in der Weise, daß der Wähler, sobald sein Name in der Wählerliste vor-gemerkt ist, den zusammengefalteten Stimmgeld dem Vorsitzenden des Wahlausschusses übergibt, welcher ihn in die Wahlurne legt. Stimmgeld sind im Vorraum der Kirche zu haben.

Wenn im ersten Wahlgang nicht mindestens ein Drittel der Wahlberechtigten abgestimmt hat, so wird die Wahl am Sonntag, den 14. Dezember fortgesetzt, worauf sie ohne Rücksicht auf die Zahl der abgegebenen Stimmen gültig ist. Die etwaige Fortsetzung der Wahl wird im Enzthal-Boten und durch Aushang an der Stadtkirche bekannt gegeben werden.

Ev. Stadtpfarramt:
Dr. Federlin.

Jeder alte Hut

wird bei mir modern umgeformt und gefärbt. — Kurze Lieferzeit.

Georg Kohm, Pforzheim

Herren- und Damenhut-Fabrik.

Scheuernstrasse 8

in der Nähe vom Warenhaus Wroncker.

Deutsche demokr. Partei Wildbad.

Unsere Parteifreunde sind zu der am 6. und 7. Dezbr. stattfindenden Weihnachts-Feier des Reichsbundes der Kriegsschädigten eingeladen.

Erlös zu Gunsten bedürftiger Kriegshinterbliebenen.

Eintrittsgeld mindestens M. 2.—

Die Parteileitung.

Weihnachtsfeier der Kriegsschädigten.

Die Mitglieder der D. D. P. werden gebeten zur Weihnachts-Feier der Kriegsschädigten vollständig zu erscheinen. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Genossen dem Aufse Folge zu leisten.

U. S. P. Wildbad.

Kaufe jeder Art Felle auf

vom Maulwurf bis zum Hirsch bei den besten Preisen.

Pelzwarengesch. Paul Toussaint
Kochstrasse 183.

Die Militär-Anstalt Wildbad

bittet um gütige Spenden zur Veranstaltung einer Weihnachts-Feier für die in der Anstalt untergebrachten zahlreichen Kriegsschädigten. Gaben in Geld oder Naturalien werden mit Dank entgegengenommen.

In Wildbad bei: G. Grohmann, Delikatessengeschäft, Fr. Klotz, Zigarrengeschäft, Joh. Paude, Buchhandlung und in der Militär-Anstalt.

In Neuenbürg bei: Oberamt (Amtmannszimmer) Vahmanns Nachf., Kolonialwaren.

Gez. u. Kaninchen-Züchterverein Wildbad.

Sonntag, den 7. Dezember 1919, findet im Gasthaus zur „Silberburg“ ordentliche

General-Versammlung

statt. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig, da Ausgabe der Anmelde-Formulare zur Total-Ausstellung ausgegeben werden.

Der Vorstand.

Stahl & Federer Aktiengesellschaft Filiale Wildbad.

Zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs eröffnen wir

zinstragende Scheck- u. laufende Rechnungen

zu günstigen Bedingungen.

Echte Stearin-Kerzen

eingetroffen

Medic.-Drogerie
Gebr. Schmit, Wildbad.

Hirsch- und Rehfleisch

wird morgen ausgehauen für 1 Pfund Fleisch sind 16 Fleischmarken mitzubringen.

Adolf Blumenthal
Wildbad.

Morgen Samstag trifft eine Sendung

Kraut

(Bauernkraut) bei mir ein und nehme Bestellungen entgegen

Röhle,

Gemüchhandlung.

Wildbad.

Alleinvertretung

eines leicht abziehbaren, hohen Gewinn bringenden Artikels (patentiert und in jedem Haushalt begehrt) an Installationsgeschäft oder Eisenhandlung zu vergeben.

Hausierer gegen hohe Provision gesucht.

Angebote unter S. T. 6677 an Haafenstein u. Vogler A.-G. Stuttgart Nr. 29.

Ein fast neuer Herpelztragen

ist preiswert abzugeben, ebenfalls ein neuer

Bodenteppich.

Zu erfragen in der Exped. ds. Blattes.

Ziegenfelle 70 Mk.
Rehfelle 32 Mk.
Winterseldhasenfelle 8 Mk.

Obige Preise bezahlbar jetzt für große gutbehandelte Felle. Fuchs, Warden, Altis sowie alle andern Felle allerhöchste Preise.

E. Maischhofer
Moderne Tierausstopperei
Pforzheim Lindenstr. 52
Telephon 1501. (375)

Ein heizbares, einfach möbliertes Zimmer

mit Kochgelegenheit wird von Fräulein für 4—5 Monate sofort zu mieten gesucht.

Offerten mit Preisangabe unter Nr. 277 an die Exped. ds. Blattes erbeten.

Wilde Kastanien

kauft und bittet um Angebot mit Quantums-Angabe W. J. Monn
Delversandhaus München.
Säcke können gestellt werden.

Beutel

mit u. ohne Aufdruck liefert Wildbader Verlagsdruckerei.